

Es gilt das gesprochene Wort

Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2011

Sitzung des Rates der Gemeinde Ostbevern am 16. Dezember 2010

Bürgermeister Joachim Schindler

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Haushaltsrede für das vergangene Jahr 2010 habe ich vor Jahresfrist mit den ermutigenden Worten begonnen:

„Den Wind, der uns entgegen bläst, können wir nicht ändern,
aber wir können die Segel richtig setzen.“

Die Ausgangslage:

Wir hatten uns in Anbetracht unkalkulierbarer Risiken, verursacht durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, um im Bild zu bleiben, auf Sturm und starken Gegenwind eingestellt.

Rückblickend auf die Entwicklung der vergangenen 12 Monate darf festgestellt werden, dass ein befürchteter, unbeherrschbarer Sturm dank einer raschen Gesundung, vor allem der deutschen Wirtschaft, ausgeblieben ist.

Die Auftragsbücher der meisten Unternehmen sind voll, der Export boomt, die Binnennachfrage wie auch der private Konsum sind wiedererwartend schnell gestiegen, ja nahezu auf Vorkrisenniveau.

Aber: Sind die globalen Finanzmarktprobleme damit gelöst?

Risiken bestehen für mich weiterhin in der Tatsache, dass die Finanzmärkte weltweit mit Staatsmitteln gestützt werden – was Wirkung zeigt. Dieses darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die ursächliche „Blase“ fauler Kredite weiterhin in „bad banks“ schlummert und eine Aufarbeitung noch viele Jahre benötigen wird und weiterer erheblicher Finanzmittel und Anstrengungen bedarf, bis Entwarnung gegeben werden kann.

Die nach und nach erkennbaren und offenkundig werdenden Überschuldungen europäischer Bündnisstaaten (Griechenland, Irland, Portugal, Spanien – vielleicht auch einige mehr) werden trotz strikter Ausgabendisziplin und verordneter Haushaltskonsolidierung weitere Opfer fordern, auch wenn die Notwendigkeit zur Inanspruchnahme von Hilfsfonds bisweilen noch bestritten wird.

Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit von Hilfsfonds zur Sicherung des Überlebens ist nicht zu verleugnen, dass eben diese Mittel dem Steueraufkommen und damit der Finanzkraft der Länder entzogen sind, die sich am Rettungsschirm beteiligen. Hinzu kommen in Deutschland die Finanzmittel, die zur Stützung auch hier in Schieflage geratener Finanzinstitute aufzubringen sind.

Nicht schwer sich auszumalen, dass dieses auf die Steuerzahler und damit die Bevölkerung durchschlägt, womit wir wieder in Ostbevern wären.

Ich möchte die aktuelle Ausgangslage nicht übertrieben pessimistisch einschätzen, gleichwohl aber deutlich machen, dass der Patient „Finanzwirtschaft“ immer noch bettlägerig ist, eine zusätzliche Infektion von außen, die eine zusätzliche Finanzspritze notwendig machen würde, ihn weiter schwächen könnte und lediglich ein wieder steigender Blutdruck - nun besser vielleicht eine weiterhin anziehende Konjunktur - augenblicklich allenfalls nur für kurze Erholungsphasen ausreichen dürfte.

Die endgültige Gesundung steht noch aus, der Patient ist optimistisch gesehen – auf dem Weg der Besserung.

Die weiterhin noch notwendigen Maßnahmen gehen auch Ostbevern in den nächsten Jahren an die Substanz, was ich plakativ mit der Schlagzeile:

„Tafelsilber umständehalber abzugeben“

umschreiben möchte.

Die Finanzlage der Gemeinde Ostbevern:

Die Haushaltsjahre 2007, 2008 und 2009 konnten, auch wenn das testierte Ergebnis 2009 noch nicht vorliegt - planmäßig abgeschlossen werden. Tafelsilber – z. B. in Form von eingebrachtem Eigenkapital im Abwasserwerk oder in Form von Beteiligungen – musste bislang nicht zum Haushaltsausgleich herangezogen werden.

Für das Haushaltsjahr 2010 - das Jahr, in dem die Wirtschaftskrise auch in Ostbevern Wirkung zeigt und die Gewerbesteuer mit rd. 1,2 Mio. Euro geringer als geplant ausfallen wird - wird der Haushaltsausgleich bei einem prognostizierten Minus von rd. 4,5 Mio. Euro nur durch den kompletten Verzehr der Ausgleichsrücklage mit rd. 2,5 Mio. Euro und zusätzlich einer Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von rd. 2,0 Mio. Euro erreicht werden können.

Da es sich bei der allgemeinen Rücklage um Anlagevermögen, nicht aber Geldvermögen, handelt, wird deutlich, dass sich der Haushaltsausgleich 2010 nur buchhalterisch durch Vermögensverzehr darstellen lässt. Ein Vorgang, der unter Würdigung der misslichen Rahmenbedingungen für ein Jahr vertretbar wäre.

Leider setzt sich aber die Notwendigkeit, auch weiterhin Vermögenssubstanz einsetzen zu müssen, auch in den nächsten Jahren - zumindest für das Haushaltsjahr 2011 sowie den prognostizierbaren Finanzplanungszeitraum bis einschließlich 2014 - fort. Ein deutliches Zeichen für einen strukturell nicht ausgeglichenen Haushalt. Ein solcher Haushalt führt dabei ganz schnell zu Liquiditätsproblemen, da das buchhalterisch eingesetzte Kapital aus Anlagevermögen, z. B. Immobilien wie Schulen, Feuerwachen, Straßen oder Sportanlagen besteht und eben nicht aus Geldbeständen.

Dieses Problem trifft derzeit fast alle Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Einige Kommunen können die Gehälter nur noch über Dispositionskredite bereitstellen, die zusätzlich Geld, nämlich Zinsen kosten. Ein dafür landesweit in Summe bereits aufgelaufener Betrag von rd. 20 Mrd. Euro kann von den betroffenen Kommunen kurzfristig überhaupt nicht mehr zurückgezahlt werden. Dem Ruf nach der Solidargemeinschaft, also dem Ruf, andere Kommunen mögen sich solidarisch zeigen und finanzielle Unterstützung leisten, vermag ich dabei unter den gegebenen Umständen nicht folgen. Alle Kommunen gleich notleidend zu machen, kann nicht die Lösung sein.

Hier ist ganz klar die Landesregierung gefordert, strukturelle Defizite, für die die betroffenen Kommunen nicht verantwortlich sind, aus Landesmitteln auszugleichen und zwar ohne Kürzung der Schlüsselzuweisungen, also ohne Kürzung der Mittel, die den anderen Kommunen nach der Landesverfassung zustehen.

Ein Umstand ist darüber hinaus, aber für alle Kommunen - landes- und bundesweit - mit Ursache für strukturelle Haushaltsdefizite. Bund und Land haben in den letzten Jahren viele Aufgaben auf die Kommunen übertragen, ohne hierfür die Kostenübernahme zu klären oder einen Ausgleich für die Kommunen bereitzustellen. Es bedurfte in NRW eines Urteils des Landesverfassungsgerichts, deutlich zu machen, dass das sog. Konnexitätsprinzip gilt, das heißt verkürzt: „Wer die Musik bestellt, hat sie auch zu bezahlen.“

Zu hoffen bleibt, dass der überfraktionelle Vorstoß des Landtags NRW Früchte trägt, auch den Bund in die Verantwortung zu nehmen, verbunden mit dem Wunsch, dass auch entsprechende Mittel zur Verfügung stehen. Neben dem Rettungsschirm für Finanzinstitute hatte dieses bereits der Städte- und Gemeindebund NW im letzten Jahr auch für die Kommunen eingefordert. Dem zuwider läuft allerdings die jüngste Entscheidung des Bundestages, nach der der Anteil des Bundes für die Kosten der Unterkunft für die Bezieher von Leistungen der Grundsicherung (vornehmlich Rentner), von rd. 26 % auf 23 % sogar noch abgesenkt wurde. Der Städte- und Gemeindebund hält hier 35 % für angemessen. Die Kommunen sehen sich dadurch mit der Wahrnehmung einer Bundesaufgabe, nämlich der nachträglichen Sicherstellung der Altersversorgung, sprich der Rentenversicherung, und einer zusätzlichen Belastung von 2,0 Mrd. Euro befrachtet.

Eine weitere Herausforderung stellen die mit der demografischen Entwicklung einhergehenden, stetig steigenden Kosten im sozialen Bereich dar. Höhere Kosten fallen bei der Pflege behinderter Menschen, älterer Menschen sowie einer steigenden Zahl Jugendlicher für Heimunterbringung an. Über die Umlage der Landschaftsverbände sowie der Kreise sind letztlich die Städte und Gemeinden - namentlich ihre Bürgerinnen und Bürger - auch hier die Kostenträger.

Kein Wunder, wenn die Kommunen trotz durchaus stabiler Einnahmesituation, die Mehrausgaben nicht mehr decken können.

Wenn die Rahmenbedingungen vor diesem Hintergrund durch Bund und Land nicht zeitnah, grundlegend und nachhaltig korrigiert werden, können die Kommunen trotz aller Sparbemühungen das Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt, schlichtweg nicht erreichen.

Da mag es sinnvoll, notwendig und auch Erfolg versprechend sein, die Bürger in die Sparbemühungen vor Ort aktiv mit einzubeziehen, wie dies unlängst mit rd. 80 Beteiligten hier in Ostbevern praktiziert wurde. Wenn nicht auch Bund und Land ihrer Verantwortung gerecht werden, wird sich durch das bürgerschaftliche Engagement – für das ich mich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich und ausdrücklich bedanke – allein die Schieflage nicht beheben lassen.

Natürlich wird sich die Verwaltung und im Anschluss auch der Gemeinderat im Rahmen der Haushaltsplanberatungen noch eingehend mit den zahlreichen und konstruktiven Vorschlägen aus der Veranstaltung befassen und aus Sicht der Gemeinde alles tun, um das Erforderliche zur Konsolidierung des Haushalts zu berücksichtigen.

Alleine dadurch wird sich aber das für 2011 prognostizierte Defizit von rd. 2,8 Mio. Euro im Ergebnisplan nicht ausgleichen lassen.

An dieser Stelle gratuliere ich dem Kämmerer, Hubertus Stegemann, sowie dem ganzen Team noch einmal zu der gelungenen Veranstaltung, aber auch zur termingerechten Fertigstellung der Haushaltsunterlagen, die Ihnen im Anschluss gleich ausgehändigt werden.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle aber auch ein Lob auszusprechen an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hause sowie den Außenstellen, Bauhof, Klärwerk, Beverbad und an den Schulen für die gute und - wie ich finde - kundenfreundliche Erledigung der anfallenden Arbeiten. Die Leistung kann sich sehen lassen.

Die Eckdaten des Haushalts 2011:

Der Ergebnisplan weist Aufwendungen von insgesamt 19,8 Mio. Euro aus.

Diesen stehen Erträge von lediglich rd. 17,0 Mio. Euro gegenüber, was ein Defizit von rd. 2,8 Mio. Euro ergibt.

Das Defizit kann nur durch eine entsprechende Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage ausgeglichen werden. Die Entnahme von 2,8 Mio. Euro entspricht dabei einem Anteil von rd. 6 % der Allgemeinen Rücklage.

Sofern in zwei aufeinander folgenden Jahren jeweils mehr als 5,0 % der allgemeinen Rücklage entnommen werden, hat die Gemeinde ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen

Im Finanzplanungszeitraum ergeben sich Defizite wie folgt:

2012:	870 TEuro	2 %
2013:	1,7 Mio. €	4 %
2014:	1,1 Mio. €	3 %

Der Ergebnisplan ist damit bis einschließlich 2014 strukturell nicht ausgeglichen. Da aber der Schwellenwert von 5,0 % nicht in zwei aufeinander folgenden Jahren überschritten wird, besteht kein Zwang zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes.

Der Gemeinde bleibt damit ein gewisser Handlungsspielraum erhalten.

Eine Kreditaufnahme ist nicht vorgesehen.

Grund- und Gewerbesteuer werden nicht erhöht.

Kürzungen bei den Zuschüssen für Vereine und Verbände sind ebenfalls nicht vorgesehen.

Die Gebührensätze für die Abwasserbeseitigung und Abfallentsorgung werden nicht erhöht.

Der Ergebnisplan im Einzelnen:

Erträge:

Mit insgesamt 8,7 Mio. Euro bilden die Steuern die größte Position im Ergebnisplan. Die Gewerbesteuer ist mit einem Anteil von 4,0 Mio. Euro berücksichtigt.

Auf die Schlüsselzuweisungen des Landes entfallen rd. 2 Mio. Euro. Aufgrund der um rd. 1,2 Mio. geringer ausgefallenen Erträge aus der Grundsteuer in 2010 wird von einem um rd. 950 TEuro höheren Anteil bei den Schlüsselzuweisungen ausgegangen.

Aus dem Verkauf von Baugrundstücken in den Baugebieten „Kohkamp“, „Wischhausstraße“ und „Brock Nordwest“ werden voraussichtlich 1,2 Mio. Euro Erlöst.

Aufwendungen:

Gegenüber dem Vorjahresansatz fallen die Personalaufwendungen mit 2,5 Mio. Euro um rd. 120 TEuro geringer aus, da u. a. Mitarbeiter der Gemeinde, die zur ARGE abgestellt waren, ab 2011 vom Kreis Warendorf übernommen werden.

Mittel aus dem Konjunkturpaket II sind in 2011 nicht mehr veranschlagt, da die Mittel insgesamt bereits im Haushaltsjahr 2010 verplant wurden.

Beim Aufwand für Sach- und Dienstleistungen bilden die Bereiche Gebäudeunterhaltung mit 600 TEuro, Straßenunterhaltung mit 274 TEuro, Erschließungsaufwendungen für Baugebiete mit 2,3 Mio. Euro, Schülerbeförderung mit 300 TEuro und Abfallbeseitigung mit 577 TEuro die größten Einzelpositionen. Insgesamt kommen hier 5,6 Mio. Euro Aufwand zusammen.

Wie im Vorjahr auch, hat die Verwaltung auf Streichungen im Bereich der Gebäudeunterhaltung verzichtet, was insbesondere in den Bereichen Schule und Sport andernfalls zu einem Unterhaltungstau führen würde. Dieses würde mittelfristig größere Probleme verursachen.

Das Beverbad ist auch 2011 auf einen Verlustausgleich angewiesen. Dieser beträgt 269 TEuro. Zur Verbesserung der Finanzsituation im Beverbad ist vorgesehen, durch die Einbindung eines Blockheizkraftwerkes insgesamt zu einer nennenswerten Einsparung bei den Energiekosten für Strom und Wärme zu gelangen. Daneben gehören auch Optimierungen im Betrieb, z. B. Betrieb nur des Freibades während der Sommersaison, zu den notwendigen Maßnahmen, den Zuschussbedarf so niedrig wie möglich zu halten.

Die an den Kreis Warendorf abzuführende Kreisumlage schlägt 2011 als größter Aufwandsposten allein mit rd. 5,6 Mio. Euro zu Buche, was nominell dem Ansatz des Vorjahres entspricht. Der Landrat hat mit Hinweis auf die noch fehlenden Berechnungen zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 zunächst diesen Ansatz beibehalten, gleichzeitig aber auf mögliche Risiken hingewiesen. Den Bürgermeister des Kreises ist insbesondere daran gelegen, dass der Kreis nicht auf Kosten der Kommunen eine „üppi-ge“ Liquiditätsausstattung erhält, wenn im Umkehrschluss die Kommunen hierfür Dispositionskredite aufnehmen müssen. Im Übrigen sei darauf verwiesen, dass der Landrat im Rahmen der Anhörung zum Entwurf des Kreishaushalts 2011 selbst bereits Entgegenkommen bei maßgeblichen Fragestellungen der Bürgermeister gezeigt hat, was ich ausdrücklich positiv bewerte.

Finanzplan:

Die bedeutenden Investitionsausgaben 2011 bis 2014:

Baugebiet Kohkamp	1,5 Mio. Euro	
Feuerwehr (LF Kat-S)	230 TEuro	
Bauhof (Schlepper, Kehrmaschine)	100 TEuro	
Baugebiet Wischhausstraße	100 TEuro	
Erneuerung Großer Kamp (Nord)	240 TEuro	
Begegnungszentrum/Umspannwerk	500 TEuro	(2012)
Erneuerung Hauptstraße	230 TEuro	(2012)
Am Haarhaus	110 TEuro	(2014)
Rathausenerweiterung	je 500 TEuro	(2013, 2014)
Westumgehung, 1. BA	je 1,5 Mio. Euro	(2013, 2014)
Erneuerung Hauptstraße	390 TEuro	(2013)
	300 TEuro	(2014)
Brock Nordwest	274 TEuro	(2014)
Großer Kamp (Süd)	520 TEuro	(2014)

Im Haushaltsjahr 2011 sind insgesamt Ausgaben für Investitionstätigkeit in Höhe von 2,6 Mio. Euro veranschlagt. Im Finanzplanungszeitraum 2012 - 2014 kommen noch einmal 6,7 Mio. Euro hinzu, zusammen also 9,3 Mio. Euro.

Den Ausgaben aus Investitionstätigkeit mit 9,3 Mio. Euro stehen insgesamt Einnahmen in Höhe von rd. 9,9 Mio. Euro - im Wesentlichen aus Zuschüssen und Verkaufserlösen - gegenüber.

Liquidität:

Die Liquidität der Gemeindekasse ist zum Ende des Haushaltsjahres 2010 noch ausreichend, die Situation wird sich aber aufgrund der prognostizierten Defizite im Ergebnisplan verschlechtern.

Zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit der Gemeindekasse wird die Verwaltung von einer Kreditermächtigung des Haushaltsjahres 2010 über 1,3 Mio. Euro Gebrauch machen.

Darüber hinaus stehen als Eigenkapital der Gemeinde im Abwasserbetrieb insgesamt ca. 2,6 Mio. Euro zur Verfügung, von denen rd. 1,3 Mio. Euro bei Bedarf zeitnah in 2011 in den Gemeindehaushalt zurückgeführt werden sollen. Damit wäre ein Rückgriff auf das eingangs erwähnte „Tafelsilber“ erstmals gegeben.

Schulden:

Da eine Kreditaufnahme ab 2011 und in den Folgejahren nicht vorgesehen ist, wird der Schuldenstand Ende 2011 rd. 6,3 Mio. Euro betragen. Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 592 Euro.

Fazit:

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist glimpflicher verlaufen, als noch Ende letzten Jahres zu befürchten war. Die Anzeichen für einen Aufschwung sind erkennbar. Bei anhaltendem Aufschwung dürften sich die Restrisiken aus der Krise beherrschen lassen. Sofern nicht neue „Blasen“ platzen, sind die Prognosegrundlagen für das Haushaltsjahr 2011 erkennbar positiver als noch vor Jahresfrist.

Dem trotzdem bestehende strukturelle Defizit kann nur unter Berücksichtigung der kommunalen Belange bei Bund und Land wirksam begegnet werden. Nach dem sich der Städte- und Gemeindebund als Interessenvertretung der Städte und Gemeinden intensiv um eine Lösung im Sinne der Kommunen bemüht, sind wir - Verwaltung wie auch Politik - aufgerufen, bei unseren Bundes- und Landtagsabgeordneten ebenfalls für eine Existenz sichernde Finanzausstattung der Kommunen einzutreten.

An dieser Stelle bitte ich Sie alle um diese Unterstützung, da bei dauerhaft defizitärem Betrieb die Handlungsfähigkeit der Gemeinde Ostbevern im Sinne der verfassungsrechtlich verbürgten Selbstverwaltungsgarantie nicht mehr gewährleistet werden kann.

Die bisherigen Anstrengungen von Verwaltung, Politik und aktuell auch der Bürgerschaft in Sachen Haushaltskonsolidierung – die fortgesetzt werden - machen mehr als deutlich, dass wir bereit sind, unseren Teil beizutragen. Der Bogen darf aber nicht zu Lasten funktionierender Gemeinwesen überspannt werden. Die Schmerzgrenze ist bei vielen Gemeinden bereits überschritten.

Ostbevern ist da im Vergleich immer noch gut aufgestellt.

Setzen wir alles daran, dass das so bleibt.

Halten wir unsere Infrastruktur in Schuss, damit wir nach außen weiterhin als lebenswerter Ort wahrgenommen werden und junge Familien wie auch Unternehmer Ostbevern als ihren favorisierten Standort wählen und behalten wollen.

Setzen wir weiterhin auf Bildung und stärken das Angebot in Kindergärten, den beiden Grundschulen, der Verbundschule – die sich ganz besonderer Nachfrage erfreut - sowie der Loburg als willkommene Komplettierung eines umfassenden Schulangebots am Ort.

Stärken wir weiterhin das ehrenamtliche Engagement all derjenigen, die sich in den zahlreichen Vereinen und Gruppierungen hier am Ort um soziale, caritative, sportliche und kulturelle Belange so ausgezeichnet kümmern. Dann hat Ostbevern nicht nur weiterhin eine gute demografische Prognose, sondern behält auch einen vorderen Platz im Wettstreit der Standorte.

Ich bedanke mich an dieser Stelle ganz herzlich und ausdrücklich bei all denjenigen, die dazu ihren Beitrag geleistet haben und - lade Sie natürlich ein - weiterzumachen.

Bei Ihnen, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates, bedanke ich mich für die offene und freundliche Zusammenarbeit im letzten Jahr. Ich hoffe, wir setzen das fort.

In diesem Sinne freue ich mich auf interessante Haushaltsberatungen mit Ihnen.

Joachim Schindler

Bürgermeister